



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein Jubiläum. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ein Jubiläum.

1.



Am 8. Oktober werden wir einen weltgeschichtlichen Gedenktag feiern: es wird dann ein Vierteljahrhundert seit dem Tage verflossen sein, an welchem Bismarck definitiv zum Ministerpräsidenten ernannt und zugleich mit der obersten Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des preussischen Staates betraut wurde, nachdem er bereits am 23. September provisorisch an die erstgenannte Stelle berufen worden war. Auseinanderzusetzen, weshalb wir diese Tage als weltgeschichtliche begehren, aufzuzählen, was mit ihnen begann und bis heute sich entwickelte, hiesse Wasser ins Meer tragen und die Deutschen für ein Volk ohne Gedächtnis und ohne Dankbarkeit halten. Dagegen wird es nicht überflüssig und in verschiedner Beziehung von Nutzen sein, wenn im folgenden daran erinnert wird, wie die Zeit, welche die Historiker einst nach Bismarck benennen werden, sich vorbereitete, und wie ihre Anfänge sich gestalteten, wie es kam, daß der damalige Gesandte Preußens am Pariser Hofe von König Wilhelm an das Staatsruder gestellt wurde, wie ihn die Parteien empfingen, wie sie ihn lange verkannten, und welche Denkart, welche Begabung er in Wahrheit zu seinem Werke mitbrachte. Es ist gerade hier manches in Vergessenheit geraten, was von Bedeutung ist, und wenn eine Auffrischung des Verblissenen dem einen und dem andern dabei beteiligt gewesenem Politiker unerwünscht sein muß, so fordert doch die Wahrheit ihr Recht; und das steht sehr viel höher in unsrer Achtung als der etwaige Anspruch jener auf schonendes Verschweigen ihrer Thorheiten und Sünden in vergangenen Tagen. Zumal da die Folgen derselben nicht durch sie selbst zum Bessern gewendet wurden.

Grenzboten IV. 1887.

Auf die Revolutionsjahre war die Reaktionszeit unter dem Ministerium Manteuffel gefolgt, die ihrerseits in den ersten Tagen des November 1858 der sogenannten „neuen Ära“ Platz machte. Schon früher, bald nachdem es Manteuffel gelungen war, die Ordnung wieder herzustellen, hatte man versucht, dieses Ministerium zum Rücktritte zu bewegen und es durch ein „volksfreundlicheres“ aus den Reihen der „Gothaer“ zu ersetzen. Jetzt wiederholte sich das, und der Erfolg war auf dem Gebiete der innern Politik, daß die mühsam zurückgedrängten Elemente der demokratischen Opposition alsbald wieder hervortraten. Man hatte sie, die sich nach Einführung der revidirten Verfassung in den Schmolzwinkel zurückgezogen und auf „passiven Widerstand“ beschränkt hatten, sodaß die Demokratie in der neugewählten Kammer unvertreten war, für endgiltig beseitigt angesehen und gemeint, es nur noch mit dem mattherzigen Ultraliberalismus zu thun zu haben, und so war man nicht wenig überrascht, als die ersten Wahlen unter der „neuen Ära“ die Vertreter dieser Partei auf die Zahl der neun Regel verminderte und die Demokratie unter dem Namen „Jung Litauen“ so stark und so anspruchsvoll wie früher ihren Einzug ins Abgeordnetenhaus hielt. Beginn und Verlauf der „neuen Ära“ begreifen sich nur, wenn man sich die verschiedenen Momente klar macht, aus denen sich dieses Fazit schließlich bildete. Das erste derselben war die weitverbreitete und tiefgehende Verstimmung über den Stand der preußischen Politik zur Zeit der Erkrankung König Friedrich Wilhelms IV. Preußen hatte sich unter Manteuffel in Olmütz demütigen müssen, und es war dann bei den Pariser Konferenzen, welche nach dem Krimkriege den Frieden vermittelten, als fünftes Rad am Wagen behandelt worden. Beides war gewiß eine bittere Demütigung, aber es wurde dabei meist übersehen, daß der „saure Gang nach Olmütz“ angetreten werden mußte, weil Preußen mit der Revolution Wege nach damals phantastischen Zielen eingeschlagen hatte, und weil es ohne jenen Gang in einen von der Frankfurter Nationalversammlung bereits angebahnten Bürgerkrieg getrieben worden wäre, für den es ganz ungenügend gerüstet war, und in den sich zuletzt Rußland gemischt und dadurch eine Machtstellung gewonnen hätte, welche seine bisherige weit überragt haben würde. Ein zweites Moment war eine gerechtfertigte Entrüstung des Prinzen von Preußen gegen gewisse Führer der Konservativen, die ihn in den letzten Jahren wegen liberaler Gesinnung wenig respektvoll behandelt hatten (u. a. hing die Frau v. Werlachs in Koblenz ihre Wäsche so vor den Fenstern des prinzlichen Paares auf, daß ihm alle Aussicht versperrt wurde) und die jetzt aus ihren Stellungen verschwanden. Noch mehr aber fiel drittens ins Gewicht, daß man sich mit der Hinwendung zu den Liberalen auf eine abschüssige Bahn begab, welche zuletzt, wenn nicht zu rechter Zeit Halt gemacht wurde, zum Parlamentarismus, d. h. zur Unterwerfung der Krone unter den Willen des Abgeordnetenhauses führen mußte. Die „neue Ära,“ d. h. das Ministerium Auerwald —

Hohenzollern und Hohenlohe waren nicht viel mehr als Dekorationen — bewegte sich von Anfang an mit ihrer inneren Politik in einem verhängnisvollen Widerspruche: sie wies mit tiefer Entrüstung den Pseudoliberalismus Manteuffels von sich, weigerte sich aber andererseits, den wiederholt mit großer Stimmenmehrheit gefaßten Beschlüssen der Wahlkammer Folge zu leisten. Was dann die auswärtige Politik betrifft, so war sie unter der liberalen Ära um nichts besser als unter dem Regime Manteuffels, vielmehr noch kurzfristiger und mutloser, und es kam dahin, daß ihr Leiter, v. Schleinitz, zuletzt ganz im Fahrwasser Oesterreichs segelte. Die Unklarheit, mit welcher die liberalen Minister gegenüber der von ihnen galvanisirten Demokratie die Geschäfte betrieben, führte bald zum Konflikte. Die nächste Veranlassung desselben war eine Lebensfrage des preussischen Staates, die Armeereform. Sie war schon längst der Lieblingsgedanke des nunmehrigen Regenten gewesen und von ihm in ihren Grundzügen bereits vor Jahren schriftlich behandelt worden. Die Mobilmachung von 1859 hatte frühere Wahrnehmungen, nach denen das Heer einer Umgestaltung und Verstärkung dringend bedurfte, bestätigt, und so hielt es der Prinz, als er Regent wurde, für seine nächste Pflicht, hier Abhilfe zu schaffen. 1858 wurde v. Roon, damals Kommandeur der 14. Division, veranlaßt, den Gegenstand in einer Denkschrift zu bearbeiten, auf Grund deren dann im Kriegsministerium zu Berlin ein Reorganisationsplan entworfen wurde. v. Roon, zur Prüfung desselben berufen, berichtete günstig darüber. Er nahm darauf an den kommissarischen Verhandlungen teil, welche den wichtigen Gegenstand betrafen, worauf ihm mit seiner Ernennung zum Kriegsminister die Aufgabe zufiel, den Reformplan im Abgeordnetenhaus einzubringen und zu rechtfertigen. Bei der Einbringung der betreffenden Vorlagen, am 10. Februar 1860, bezeichnete er die Reform als Ergebnis reiflicher und ernster Prüfung, als Erfüllung des Bedürfnisses, das Ansehen nicht allein der Regierung, sondern auch der Nation zu steigern, und als im Interesse der letzteren unerläßlich. Auf diese Worte folgten nach wenigen Monaten entscheidende Thaten. Eine Kabinettsordre vom 5. Mai verfügte die Bildung neuer Regimenter aus den vorhandenen Landwehr-Stammбатайllonen, und zu gleicher Zeit brachte die Regierung, weil auf rechtzeitige Erledigung der ursprünglichen Vorlage nicht zu rechnen war, im Landtage einen Gesetzentwurf ein, durch welchen der Kriegsminister ermächtigt wurde, die Maßregeln aufrechtzuerhalten und zu vervollständigen, die für die fernere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich und auf den bisherigen Grundlagen thunlich sein würden. Zu diesem Zwecke wurden für die Zeit vom 1. Mai 1860 bis zum 30. April des nächsten Jahres neun Millionen Thaler verlangt. Der Landtag bewilligte die Summe und sanktionirte damit die thatsächlich bereits begonnene Heeresreorganisation, da der Kriegsminister vor der Bewilligung der Gelder angedeutet hatte, die getroffenen Maßregeln müßten nach der Natur der Sache dauernde sein

und könnten folglich nicht rückgängig gemacht werden. Als der Landtag im Jahre 1861 den Militäretat beriet, war die Heeresreform im wesentlichen vollendet. Das Abgeordnetenhaus glaubte jedoch diese Thatsache nicht berücksichtigen zu dürfen. Die Mehrheit desselben erkannte zwar an, daß die Regierung in der Angelegenheit bisher innerhalb der Gesetze verfahren sei, hielt aber dafür, daß einer dauernden Durchführung der Reform einer Abänderung des Gesetzes vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vorgehen müsse. Das Haus bewilligte daher die Mittel zur weiteren Aufrechthaltung der Reorganisation auch diesmal nur im Extraordinarium. Ein Definitivum wurde von der Vorlage eines neuen Militärgesetzes und dessen Gutheißung von seiten der Kammer abhängig gemacht, deren Mehrheit aus Demokraten bestand, denen die Landwehr als Volksheer oder Parlamentsheer vorschwebte, und die eine starke stehende Armee als nicht ihrem Interesse entsprechend ansahen. Der Kriegsminister hatte im Jahre vorher ein Militärgesetz vorgelegt, es war aber gescheitert, und wenn er jetzt ein neues einzubringen versprach, so hatte es der Majorität der Kammer gegenüber von vornherein sehr wenig Aussicht auf Annahme. In der Session von 1862 spielte die demokratische Mehrheit ihre höchsten Trümpfe gegen die Heeresreform aus. Am 6. März wurde von der Kammer der Hagensche Antrag auf Spezialisierung des Staatshaushaltsetats angenommen, der von der Regierung als Eingriff in die Exekutive bezeichnet wurde. Das Ministerium Muerzwald löste darauf zunächst das Abgeordnetenhaus auf und trat dann selbst zurück. Die Neuwahlen änderten den Charakter der Volksvertretung nicht, und die Regierung, an deren Spitze jetzt interimistisch v. d. Heydt gestellt war, sah, als am 19. Mai der Landtag wieder einberufen worden war, im Abgeordnetenhause dieselbe oppositionelle Mehrheit erscheinen. Obgleich der Kriegsminister bestimmt zusagte, bis zum Jahre 1863 den Entwurf des neuen Militärgesetzes vorzulegen, obwohl er sich damit einverstanden erklärte, daß die Kosten der Reorganisation statt im Ordinarium abermals nur im Extraordinarium bewilligt würden, und obgleich er anerkannte, daß die seit Beginn des Jahres 1862 von der Regierung geleisteten Ausgaben der nachträglichen Genehmigung des Landtages bedürften, sagte die fortschrittliche Mehrheit der Kammer dem Ministerium doch sofort offene Fehde bis aufs äußerste an, indem sie alle Ausgaben der Reorganisation auch für 1862 ablehnte, wogegen das Herrenhaus den von der Regierung vorgelegten Staatshaushaltsetat ohne Veränderung annahm. Damit war der Konflikt auf die Spitze getrieben, und die Partei, welche die Parlamentsherrschaft erstrebte, glaubte jetzt dicht vor ihrem Ziele angelangt zu sein. Unzweifelhaft hatte auch die Regierung zu dieser Verwicklung beigetragen, indem sie bei der Forderung der Mittel für die „Kriegsbereitschaft,“ d. h. die Verwandlung der 1859 mobil gemachten Landwehrregimenter in Friedensregimenter der Linie, auf ein Provisorium eingegangen war, statt mit vollkommener Deutlichkeit und Bestimmtheit auszusprechen, daß es

sich um eine vollständige Umgestaltung des Heerwesens für die Dauer handelte. Unstreitig auch war man formell nicht berechtigt, die nach dem Gesetze von 1814 auf zwei Jahre begrenzte Dienstpflicht in der Reserve thatsächlich auf vier Jahre zu erweitern. Aber alles das entschuldigt die ungeheuerliche Forderung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht, alle neuen Formationen der Armee einfach aufzulösen und den Militäretat auf diejenige Summe zu beschränken, welche er vor 1859 beansprucht hatte. Der größte Teil der betreffenden Gelder war bereits ausgegeben, und so war eine Erfüllung jener Forderung buchstäblich unmöglich. Das Budget kam nicht zu stande, und was sollte nun geschehen? Nach der Ansicht des Abgeordnetenhauses war die Regierung insolge dessen zu keinerlei Ausgaben mehr befugt, und entweder sollte die Staatsmaschine still gestellt werden oder die Krone sich bequemen, Minister zu ernennen, welche bereit waren, der Majorität ihren Willen zu thun.

In diesen kritischen Tagen übernahm Bismarck die oberste Leitung der Regierungsgeschäfte und damit zunächst die Aufgabe, den Knoten, welchen die Unfähigkeit und Charakterschwäche der halbliberalen Minister und der doktrinäre Starrsinn der radikalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses während der „neuen Ära“ geschürzt hatte, zu lösen. Der König kannte seine Begabung, seine Energie und seine Auffassung der Lage. Der damalige preußische Gesandte bei Napoleon war schon als Vertreter Preußens am Bundestage häufig bei wichtigen Fragen zu Räte gezogen worden (in dem einen Jahre hatte man ihn zu diesem Zwecke nicht weniger als dreizehnmal von Frankreich nach Berlin gerufen), und was unter Manteuffel auf dem Gebiete auswärtiger Politik zu loben gewesen war, hatte man größtenteils diesem Räte zu danken gehabt. 1852 hatte ihn Friedrich Wilhelm IV. mit einem wichtigen Auftrage nach Wien geschickt. In zahlreichen Berichten und Denkschriften hatte er während seiner Frankfurter Zeit seine Meinung über die Politik ausgesprochen. Mehrmals war es schon damals sehr nahe daran gewesen, daß er Minister wurde. Dem neuen Könige war das ohne Zweifel bekannt, und wenn er ihn 1858 von Schleinitz „an der Neva kaltstellen ließ,“ so mußte er, je mehr es mit der „neuen Ära“ bergab ging, je weniger sie im Inneren und Äußeren Erfolge zu verzeichnen hatte, erkennen, daß hier eine Kraft vorhanden war, die nach beiden Richtungen hin auf den rechten Weg zu verhelfen befähigt erschien. Nach einer Unterredung, die Bismarck im Sommer 1861 zu Baden-Baden mit König Wilhelm gehabt hatte, wurde er von diesem beauftragt, den Inhalt seiner Auseinandersetzungen über die preußische Politik zu Papier zu bringen, und bald nachher überreichte er eine Denkschrift über den Gegenstand. Noch scheinen eine Zeit lang Bedenken gegen seine Ernennung obgewaltet zu haben, und noch hatte er selbst keine rechte Neigung, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. „Vor dem Ministerium — schreibt er im Januar 1862 aus Petersburg an seine Schwester — habe ich Furcht wie vor einem kalten Bade,“ und

in einem Schreiben an dieselbe Dame, das vom 7. März datirt ist, begegnen wir der Stelle: „Prinzliche Briefe sprachen von Schleinizens Rücktritt und meiner Nachfolge. Ich glaube nicht, daß es die Absicht ist, würde aber ablehnen, wenn's wäre. Abgesehen von allen politischen Unzuträglichkeiten, fühle ich mich nicht wohl genug für so viel Aufregung und Arbeit.“ Indes reiste Bismarck schon einige Wochen darauf nach Berlin ab, wo mit ihm über seine Übernahme der Ministerpräsidentschaft verhandelt wurde. Noch immer war es jedoch nicht so weit, und erst am 15. September wurde ihm, der inzwischen als Gesandter nach Paris gegangen war, ein Telegramm aus dem Kabinet des Königs übergeben, das ihn nach Berlin berief. Am 20. traf er hier ein, um das ihm jetzt in aller Form angebotene Amt bedingungslos anzunehmen, worauf ihm am 23. der Vorsitz im Staatsministerium durch Kabinettsorde interimistisch übertragen wurde. Seine Bereitwilligkeit hatte nicht gewöhnlichen Mut erfordert. Seine Hingebung an den König, sein Vertrauen auf die Gerechtigkeit von dessen Sache, der Gedanke an das, was er, Bismarck, für Preußen und die ganze deutsche Nation vor hatte und in solcher Stellung ausführen konnte, zuletzt, aber nicht am wenigsten, sein Kraftgefühl, das Bewußtsein, auch großen Schwierigkeiten gewachsen zu sein, gab ihm diesen Mut. Er hatte so gut wie keine Partei für sich, weder in der Volksvertretung noch im Beamtentum, das in seinen obern Sphären noch dem Glauben der „neuen Ära,“ in seinen niederen meist der Fortschrittspartei angehörte. Diese trat im Hinblick auf ihre starke Anhängerenschaft und auf ihre bisherigen Erfolge in der Opposition mit größter Siegesgewißheit, Anmaßung und Unbeugbarkeit auf, zumal da sie den neuen Mann am Steuer nur als „burschikosen Junker“ und „hohlen Renommisten“ ansehen und folglich gering achten zu dürfen meinte. Die Altliberalen waren durch ihre große Wahlniederlage in der Kammer zu einem so geringen Häuflein zusammengeschmolzen, daß ihre Unterstützung hier wenig bedeutet hätte; diese Unterstützung war aber nicht einmal zu erwarten, da sie die Geringschätzung, welche „Jung-Litauen“ vor dem neuen Ministerpräsidenten empfand, teilten und überdies in wichtigen Beziehungen mit den Radikalen an einem Strange zogen. Endlich war auch auf die Konservativen nicht recht zu bauen; denn sie waren durch den Wind der „neuen Ära“ wie weggeblasen aus der zweiten Kammer und nur noch im Herrenhause und durch die Kreuzzeitung mächtig und zerfielen in zwei Gruppen, von welchen die eine, an Staatsstreich und Verfassungsbruch denkend und Österreich eifrig zugethan, Bismarck nur zur Niederwerfung der Opposition und als eine Art Brecheisen gegenüber dem konstitutionellen System verwenden, dann aber als halben Kezer beseitigt sehen wollte. Als ein sehr komisches Beispiel für die Art, wie die Altliberalen über Bismarck damals urteilten, mag eine Charakteristik desselben folgen, die etwa acht Tage vor seiner Ernennung in der „Berliner Allgemeinen Zeitung,“ dem Organ dieser verweksten Partei, zu lesen war und folgende Weisheit erfließen ließ: „Im Vorder-

grunde der Ministerkombination spielt sich wieder die Figur des Herrn von Bismarck auf. Wer ist dieser Herr von Bismarck? Er war, als er seine Laufbahn begann, ein Landadelmann von mäßiger politischer Bildung, dem mit der bürokratischen Bedanterie auch die bürokratische Routine fehlte, dessen Einsicht und Kenntnisse sich nicht über das erhoben, was das Gemeingut aller Gebildeten ist. Den Höhepunkt seines parlamentarischen Ruhmes erreichte er in der Revisionskammer von 1849 und im Unionsparlamente von 1850. Aber welche seiner Reden hätte einen Hauch aufzuweisen von der dialektischen Schärfe eines Stahl, von dem Feueereifer Kleist-Nezows, von dem Reichtum an geistreichen Einfällen eines Gerlach, von der doktrinären Gründlichkeit eines Wagener? Er trat schroff und rücksichtslos auf, nonchalant bis zur Trivialität, mitunter witzig bis zur Derbheit, aber wann hätte er einen politischen Gedanken geäußert! Er hat sich in Frankfurt Kenntnis in der diplomatischen Zeremonie erworben und in St. Petersburg und Paris intriguirenden Prinzessinnen ihre Geheimnisse abgelauscht; aber die saure Arbeit der täglichen Verwaltungsgeschäfte ist ihm fremd, den klaren Einblick in das Getriebe des Staates in allen seinen Einzelheiten hat er sich nirgendwo erwerben können. Ihm gegenüber wird sich das Wort des Herrn von Schleinitz bewähren, daß die Politik eine sehr positive Kunst ist.“ Wer lächelte jetzt nicht über diese Urteile und Weissagungen. Aber auch gescheiterte Leute als der kleine Bogenschütze, der für Herrn von Vincke solche kritische Fitzschepfeile verschob, berühmte „Volkspolitiker“, Parlamentarier erster Güte, solche, die sogar nebenher Professoren und große Lichter der Wissenschaft waren, dachten noch geraume Zeit sehr gering von dem Ministerpräsidenten, und erst das Jahr 1866 riß ihnen das Bret von der Stirn — nicht doch, die Binde oder die trübe Parteibrille von den Augen. 1863, als im Abgeordnetenhaus von der auswärtigen Politik der Regierung in der hessischen Frage und von dem Delegirtenprojekt die Rede war, kam über den Volksboten Schulze-Delitzsch der Geist der Prophezeiung und er sagte: „Wenn das jetzige Ministerium den Ruf erschallen ließe — es wird es nicht thun, es befindet sich gar nicht in der Möglichkeit dazu, ich gebe hier nur die hypothetische Annahme —, so würde sich bei dem von ihm berufenen deutschen Parlamente niemand einfinden.“ Collega von Sybel ließ sich bei derselben Gelegenheit vernehmen: „Eine preußische Regierung, die den geschichtlichen Aufgaben ihres Staates im neunzehnten Jahrhundert gewachsen sein soll, muß es verstehen, allen realen Bedürfnissen und Wünschen des preußischen Volkes zu genügen und zu gleicher Zeit mit Initiative und vorausschauender Energie die Wünsche des Volkes durch Aufstecken großer und idealer Ziele um ihr eignes Banner zu versammeln. Ich weiß wohl, man soll solche Anforderungen nicht zum Maßstabe von einzelnen Ministerien machen; denn es giebt keinen Sterblichen, der sie vollständig erfüllte. Aber das können wir erwarten, das begehren, daß nicht gerade das Gegenteil von solchen Tendenzen unsre Regierung erfülle.“ Der Abgeordnete von Carlowitz

erklärte: „Ich bin der Meinung, daß, was dieses Ministerium auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch unternehmen möge, jede seiner Unternehmungen von vornherein mit Unfruchtbarkeit werde geschlagen sein.“ Bei der Verhandlung über die Konvention, die 1863 mit Rußland abgeschlossen worden war, sagte der Abgeordnete Simson, nachdem er den Ministerpräsidenten mit Don Quixote verglichen hatte: „Ich verlange nicht, daß eine Regierung allezeit den kühnen Flug des Genies einzuhalten imstande sei. Mehr gerechtfertigt wäre schon die mildere Forderung, daß sie den ruhigen, sicheren Gang des Talents und der Erfahrung zu gehen verstünde. Aber in jedem Falle wird die Bewunderung dafür, daß jemand nicht fällt, die, welche man ja jedem Seiltänzer hätte zuwenden müssen, eine Bewunderung sein, nach der nicht jedermanns Gaumen und Appetit stünde.“ Sybel meinte bei dieser Debatte, nachdem er „am Ministertische einen Mann von weitblickender Einsicht und einem Herzen für die Gerechtigkeit“ vermißt und angedeutet hatte, das Ministerium hätte den Polen die Hand zur Wiederherstellung ihres Reiches bieten müssen: „Aber wen Gott verderben will, den verblendet er. Das Herz unsers Ministeriums scheint leider nur an Bildern der Unfreiheit und Unterdrückung zu hängen, und so schrumpft denn auch ihre Staats- und Kriegskunst wie ihr Verfassungsleben zur Glorie der polizeilichen Chikane zusammen.“ Weiterhin gab der Redner wieder ein paar Prophezeiungen von sich, z. B. „die Überzeugung, daß dieses Ministerium an keiner Stelle Vorber ernten werde,“ und sein „Durchdrungensein von der Wahrheit, daß unter diesen Führern die Niederlage überall die unvermeidliche Folge sein müsse.“ Bei einer Debatte, die im Januar 1864 über die Politik Preußens in der schleswig-holsteinischen Frage stattfand, äußerte der Berichterstatter Ahmann über Bismarck: „Unsre Ansicht von seiner Gesinnung sowohl wie von seiner Befähigung giebt uns keinen Anhalt, der weitem Entwicklung einer Aktion mit Zuversicht entgegenzusehen, die wir in ihren bisherigen Schritten als verderblich erkennen müssen. . . Soll durch die Bismarcksche Politik die deutsche Großmacht Preußen zum Feinde Deutschlands gemacht werden, soll ein deutscher Bruderkrieg entbrennen, bloß weil Preußen das Schicksal hat, von Herrn von Bismarck regiert zu werden, dann muß auch die letzte Rücksicht schwinden, die wir gegen dieses Ministerium zu nehmen etwa verpflichtet wären. Wir wissen ja schon längst, daß Preußen in den Händen dieses Ministeriums zur Ohnmacht oder zum Selbstmord verurteilt ist.“ Noch als 1865 in Schleswig-Holstein ein bedeutender Erfolg errungen war, hielt der Abgeordnete Virchow den Ministerpräsidenten für einen ungeschickten, unsteten und ängstlichen Politiker, der nur Glück gehabt hätte. Am 2. Juni erklärte er, „aus dem Studium der Dokumente die Überzeugung gewonnen zu haben, daß selten in einer großen Krisis ein leitender Staatsmann solche Sprünge gemacht habe, wie er, und daß, wenn es ihm gelungen sei, ein gewisses anerkanntswertes Resultat zu erreichen, er, der Herr

Professor, nicht imstande sei, es als sein Verdienst anzuerkennen, sondern es für einen Zufall halte.“ Wieder ein prophetischer Volksvertreter, Herr Duncker, perorirte damals: „Die heutige Periode wird ungefähr so in der Geschichte verzeichnet stehen: Ja es war eine Zeit der Zersetzung, die Mission des Ministerpräsidenten war wohl vorzugsweise, die Unhaltbarkeit der deutschen Verhältnisse in dem glänzendsten und schneidendsten Lichte zu zeigen. Aber ich glaube nicht, daß die Geschichte ihn unter die wahrhaften Förderer des preussischen Staates in der fortschreitenden Entwicklung seiner wirklichen historischen Mission einzeichnen wird. Dazu gehen ihm jene Eigenschaften ab, welche ich mir vorhin zu schildern erlaubt habe,“ und welche der Redner in die Worte: „Macht der Begeisterung, welche die Gemüther leitet und selbst eine widerwillige Volksvertretung sich unterthänig macht,“ zusammenfaßte.

Wir könnten diese Blumenlese noch mit mancher verwunderlichen Phrasenblüte vervollständigen. Aber das Mitgeteilte wird hinreichen, zu zeigen, daß man den Politiker, der am 8. Oktober 1862 definitiv zum Leiter der Staatsgeschäfte Preußens ernannt wurde, von seiten der liberalen Parteien sowohl nach seiner Begabung als nach seiner Denkweise und seinen Zielen lange Zeit verkannt hat. Das erleidet indes eine Einschränkung. Hesehiel hatte damals noch nicht die Briefe Bismarcks aus seiner Frankfurter und Petersburger Periode veröffentlicht, und ebensowenig lagen die durch Poschinger herausgegebenen Depeschen und Privatschreiben schon vor. Dennoch war in der Konfliktzeit bereits in parlamentarischen Kreisen mancherlei über die Anschauungen und Absichten Bismarcks in Betreff der deutschen Politik bekannt geworden, und nur Parteimänner konnten sich dagegen verblenden. Die Enthüllungen des Herrn von Unruh lassen darüber keinen Zweifel. Bis zu deren Erscheinen hatte die Fortschrittspartei ihre unpatriotische Opposition gegen die Militärreform mit der Ausrede entschuldigt, sie habe nicht wissen können, daß der Ministerpräsident das verstärkte Heer so energisch zum Ruhme Preußens und zur Herstellung der deutschen Einheit zu verwenden vorhabe, sonst hätte sie alle Forderungen der Regierung mit Freuden bewilligt. Selbst Bismarck hat diese Entschuldigung einmal großmütig gelten lassen. Es ist ihm aber von der Partei kein Dank dafür zu Teil geworden. 1876 im April äußerte er in einer Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Birchow: „Ich glaube, daß ich Objektivität genug besitze, um mich in den Sdeengang des Abgeordnetenhauses von 1862 bis 1866 vollständig einleben zu können. Ich habe volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damaligen preussischen Volksvertreter das, was sie für Recht hielten, vertreten haben. Daraus mache ich niemand einen Vorwurf. Sie konnten nicht wissen, und ich konnte Ihnen auch nicht sagen, worauf meiner Ansicht nach die Politik schließlich hinausgehen würde, und Sie hätten auch das Recht gehabt, falls ich es Ihnen hätte sagen können, mir immer noch zu antworten: Uns steht das Verfassungsrecht des Landes höher

als seine auswärtige Politik." Nun aber kam einige Jahre später Herr von Unruh, der alte Parlamentarier, der, nachdem er 1848 Präsident der demokratischen Nationalversammlung gewesen war, auch in den Reihen der Opposition von 1862 bis 1866 eine Rolle gespielt hatte, und verriet der Welt, er habe Bismarcks Ansichten von den Zielen der auswärtigen Politik Preußens, namentlich über dessen Aufgabe Osterreich gegenüber, schon seit 1859, ja seit 1854 gekannt, und er habe darüber bei Bismarcks Amtsantritte seinen politischen Freunden Mitteilungen gemacht; indes sei es zweifelhaft geblieben, ob er jene Ansichten und Pläne noch habe, und ob er sie gegen die reaktionär und österreichisch gesinnte Hofpartei durchsetzen könne. Der eigne Parteigenosse erhob hiermit die schwere Anklage gegen die damalige Mehrheit, Bismarcks ihr mitgeteilte Pläne ignoriert zu haben, weil sie kein Minister aus ihrer Mitte, sondern „der Junker aus dem Vereinigten Landtage“ ausführen wollte, das heißt, weil sie die Sache der Partei über die des Vaterlandes stellte. Es war nicht wahr, wenn behauptet wurde, das Land habe „keine Aussicht oder nicht die mindeste Sicherheit gehabt, daß die verdoppelte Armee zur Grundlage einer kräftigen äußern Politik dienen“ würde. Wenigstens lag die Aussicht darauf und die Sicherheit, soweit eine solche gegeben werden konnte, in den Worten des Königs, die er schon als Prinz-Regent ausgesprochen hatte, Preußens Heer müsse mächtig und angesehen sein, um, wenn es gälte, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Waagschale legen zu können, und zu denen sich seine Ankündigung eines festen, konsequenten und, wenn es sein müsse, energischen Verhaltens in der Politik gesellte. Dazu kam endlich noch, daß die Reorganisation des Heeres der Landesvertretung mit dem Bemerkten vorgelegt wurde, noch nie sei ihr eine Maßregel von so hoher Bedeutung für die Größe und Macht des Vaterlandes zugegangen. Eine weitere Unwahrheit war es, wenn man that, als ob man bezweifelte, daß Bismarck jetzt als Minister noch dieselben Pläne für die Stellung Preußens zu Osterreich und in Betreff der übrigen Glieder des deutschen Bundes habe, die er als Gesandter bei dem Zentrum des letzteren wiederholt gegen Privatpersonen und darunter gegen den Fortschrittsmann von Unruh selbst ausgesprochen hatte. Natürlich konnte er sie in seiner jetzigen Stellung nicht an die große Glocke hängen, nicht von der Ministerbank aus den Herren von der Opposition, den Zeitungen und damit ganz Europa verkündigen, aber was sich der Welt darüber andeuten ließ, wurde von ihm so verständlich angedeutet, daß Leute, die irgend hören und verstehen wollten, über den Sinn der betreffenden Worte nicht unklar und unsicher sein konnten. Die Sprache, die er bei seinem ersten Erscheinen in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses führte, mußte jedermann die Gewißheit geben, daß die „große aktive Politik,“ die er Jahre zuvor für nötig erklärt hatte, von ihm noch immer ins Auge gefaßt sei. Er sagte damals u. a.: „Wir haben die Vorliebe, eine zu große Rüstung für unsern schmalen Leib zu tragen; nur sollten wir sie auch

nützen. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. . . . Preußen muß seine Kraft zusammenhalten für den günstigen Augenblick, der schon einige male [er spielte auf 1849 und 1859 an] verpaßt worden ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, . . . sondern durch Eisen und Blut."

Das klang doch wahrlich nicht wie Abwendung von der „großen aktiven Politik.“ Abgewendet von dieser hatten sich nur die Fortschrittsleute, die sie von den liberalen Ministern der „neuen Ära“ dringend verlangt hatten, sie aber jetzt, wo der „reaktionäre Sunker“ sie angekündigt hatte, schmählich aufgaben und mit allen Mitteln zu hindern suchten.

In einem zweiten und letzten Artikel werden wir nach dem, was seit 1870 bekannt geworden ist, weiter zeigen, was der Bismarck, der im September 1862 die oberste Leitung der Geschäfte Preußens übernahm, in politischer Beziehung wirklich war und wollte, und dann einen Blick auf die Anfänge und das Ende seines fast vierjährigen Kampfes mit der Fortschrittspartei werfen.



Überproduktion.

(Schluß.)

Aon vielen Seiten ist darauf hingewiesen worden, daß die Beschränkung der Produktion das einzige Mittel sei, der Überproduktion entgegen zu wirken. Es wäre wahrlich traurig, wenn es nur dieses und kein andres Mittel gäbe. Denn was wäre dem Menschengeschlecht mit der Vervollkommnung der Technik, durch welche eine unbegrenzte Produktion ermöglicht worden ist, gebient, wenn es sich herausstellte, daß man sich freiwillig wieder Schranken auflegen müßte, um den Übelständen zu entgehen, welche die erweiterte Produktion mit sich führt? Hoffentlich werden sich bessere und wirksamere Mittel auffinden lassen. Es haben ja in der That Verabredungen zwischen Fabrikanten stattgefunden, um die Produktion zu beschränken; unsers Wissens sind sie aber nicht lange in Wirksamkeit geblieben. Einestheils pflegt die Rentabilität der Unternehmungen von der Größe derselben abzuhängen: eine Beschränkung der Produktion verteuert die Waaren, weil die allgemeinen Kosten über eine geringe Menge derselben zu verteilen sind. Andernteils führt die Einschränkung der Produktion